

Newsletter

Ausgabe 03/2013 April



Bitte diese Information an die Gleichstellungsbeauftragte weiterleiten!

Termine:

- LAG-Sitzung am 21. Mai 2013
- Seminar: Rechtssichere Anwendung des Beamtenrechts (16. Mai 2013)
- Seminar: Der Frauenförderplan als praxistaugliches Instrument der Personalentwicklung (04. Juni 2013)
- GFMK-Konferenzen (April/Juni 2013)

News:

- LGG-Novellierung in Thüringen – deutlich zurückgebaut
- djb: Die häufigsten Irrtümer über das Ehegattensplitting
- Statistisches Bundesamt: Teilzeitquote von Frauen in Deutschland über EU-Durchschnitt
- Reform des Unterhaltsrechts – keine wirklichen Verbesserungen

Neuerscheinungen:

- BAG: Broschüre zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen
- DIW-Studie: Männer besitzen 33.000€ mehr Vermögen als Frauen

Termine:

LAG-Sitzung am 21. Mai 2013

Die nächste Sitzung der behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz (LAG-LGG) findet am Dienstag, den **21.05.2013**, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in der rechten Aula der alten Mensa statt.

Datum: 21.05.2013

Uhrzeit: 10:00 – ca. 16:00 Uhr

Sitzungsort: Johannes Gutenberg-Universität Mainz, alte Mensa, rechte Aula.

Die [Einladung](#) finden Sie im internen Bereich unserer Homepage. Darin sind der Ablauf und die Tagesordnungspunkte der Sitzung enthalten.

[Hier](#) geht es zu unserem Online-Anmeldeformular.

Falls Sie noch keinen Zugang zum internen Bereich haben, können Sie diesen [hier](#) beantragen.

Eine Wegbeschreibung finden Sie [hier](#).

Alternativ können Sie uns auch den in der Einladung vorgedruckten Rückmeldeabschnitt per Post oder Fax zukommen lassen.

Bitte melden Sie sich zur Erleichterung der organisatorischen Vorplanung bis 13. Mai an.

Bitte beachten Sie, dass Sie nur mit einem gültigen Benutzernamen und Passwort auf den internen Bereich Zugriff haben. Falls Sie noch keinen Zugang haben, können Sie diesen [hier](#) beantragen.

Seminar: Rechtssichere Anwendung des Beamtenrechts (16. Mai 2013)

Im Rahmen der Seminarveranstaltung sollen die Veränderungen dargestellt werden, die sich aufgrund des Beamtenstatusgesetzes, des neuen Landesbeamtengesetzes und der neuen Laufbahnverordnung ergeben.

Inhalte:

- Föderalismusreform
- Änderungen im Grundgesetz
- Beamtenstatusgesetz
- Neues Landesbeamtengesetz
- Ernennungsfälle, Personalverteilungsentscheidungen
- Landesgesetz zum Versorgungslastenteilungsvertrag
- Rechtsschutz
- Neue Laufbahnverordnung mit Regel-, Ausbildungs- und Fortbildungsqualifizierung (anstelle Verwendungsaufstieg)
- Entwicklungen Besoldungs- und Versorgungsrecht

Termin: 16.05.2013, 9.30-16.30 Uhr

Anmeldeschluss: 25. April 2013
Referent: Helmut Heiden, Leitender Regierungsdirektor der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, Mayen
Anmeldung: [Sonja Lux](#) oder [ZWW-Seminarshop](#)

Seminar: Der Frauenförderplan als praxistaugliches Instrument der Personalentwicklung (04. Juni 2013)

Die Erstellung eines Frauenförderplans ist in vielen Gleichstellungsgesetzen vorgeschrieben. In der Praxis treten häufig Fragen dazu auf, wie ein Plan so angelegt werden kann, dass er den gesetzlichen Vorgaben und der Struktur der eigenen Verwaltung gerecht wird. In diesem Seminar wird herausgearbeitet, wie ein solcher Plan praxisgerecht aufgestellt werden kann und inwiefern sich Frauenförderung und Personalentwicklung gut ergänzen. Empfehlungen für den Maßnahmenteil und praxisorientierte Tipps runden die Seminarinhalte ab.

Antworten finden Sie zu folgenden Fragen:

- Was ist ein Frauenförderplan?
- Wer stellt den Frauenförderplan auf?
- Welche Rolle spielt die Gleichstellungsbeauftragte dabei?
- Wie lässt sich der Frauenförderplan in die Personalentwicklung einbinden?

Nach der Erarbeitung von theoretischen Grundlagen im ersten Teil der Veranstaltung, ist der zweite Teil der Praxis gewidmet. Hier ist Gelegenheit, den Frauenförderplan der eigenen Verwaltung genauer unter die Lupe zu nehmen und auf Optimierungsmöglichkeiten hin zu untersuchen.

Termin: 04. Juni 2013, 9.30-16.30 Uhr
Anmeldeschluss: 14. Mai 2013
Referentin: Birgit Löwer, Gleichstellungsbeauftragte, Frankenthal

Anmeldung: [Sonja Lux M.A.](#) oder [ZWW-Seminarshop](#)

GMFK-Konferenzen (April/Juni 2013)

Die GMFK (Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und –minister, -senatorinnen und –senatoren der Länder) tagt dieses Jahr zweimal. Die vorbereitende Vorkonferenz findet am 17./18. April und die Hauptkonferenz am 19./20. Juni 2013 statt. Den Vorsitz hat derzeit das Bundesland Sachsen-Anhalt, weshalb die beiden Zusammenkünfte in Magdeburg veranstaltet werden. Ziel der diesjährigen GMFK-Konferenz ist u.a. ein Beschluss zur Besserstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit der Forderung Entgeltgleichheit zu erreichen.

Quelle: [Konferenz der GMFK](#)
zwd Nachrichtenmagazin 308

News:

LGG-Novellierung in Thüringen – deutlich zurückgebaut

Am 27. Februar 2013 wurde das novellierte Landesgleichstellungsgesetz vom Thüringer Landtag verabschiedet. Mit der Mehrheit der schwarz-roten Koalition ist laut Landtags-Opposition, den Gleichstellungsbeauftragten und dem Landesfrauenrat ein Rückschritt in Sachen Gleichstellungsarbeit auf Landes- und Kommunalebene erfolgt. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf vom September 2012 wurde bei der Plenarsitzung des Thüringer Landtags im Februar 2013 auf Antrag der FDP-Fraktion ergänzt: Es besteht jetzt die Möglichkeit männliche Gleichstellungsbeauftragte zu berufen. Den Verlauf zu der Plenarsitzung und die Beiträge können sie dem [Sitzungsprotokoll](#) (Arbeitsfassung) entnehmen. Der Passus des Gesetzes wird wie folgt von der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag, Astrid Rothe-Beinlich, kritisiert: „Wir jedenfalls setzen auch auf den Selbstvertretungsanspruch von Frauen und hätten uns gewünscht, die Meinung derjenigen, die diese wichtige Arbeit leisten, in die Entscheidungsfindung adäquat einzubeziehen.“ Eine Stellungnahme zum Beschluss von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros finden Sie [hier](#).

Quelle: [Thüringer Landtag](#)

Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 586)

djb: Die häufigsten Irrtümer über das Ehegattensplitting

Das Ehegattensplitting ist nicht leicht zu verstehen. Hauptsächlich ist es in Bezug auf das Steuerrecht bekannt. Schon seit längerer Zeit werden Debatten über die Wirkungen des Ehegattensplittings geführt. Mit der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft sind neue Fragen hinzugekommen. Der Deutscher Juristinnenbund (djb) klärt über die fünf häufigsten Irrtümer über das Ehegattensplitting auf. Auf der Homepage des djb finden Sie die [Erklärung](#).

Quelle: [djb](#)

Statistisches Bundesamt: Teilzeitquote von Frauen in Deutschland über EU-Durchschnitt

Das Statistische Bundesamt (Destatis) teilt in der Pressemitteilung vom 07.03.2013 mit, dass Frauen in Deutschland deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten als im EU-Durchschnitt. Insgesamt liegt die Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter zwischen 15 und 64 im Jahr 2011 bei 67,7%. Davon arbeiten 45,1% in Teilzeit. Noch höher ist die Teilzeitquote nur in den Niederlanden mit 76,5%. Der EU-Durchschnitt der Teilzeitquote von Frauen beläuft sich auf 31,6%. Im Gegensatz zum EU-Durchschnitt (58,5%) ist die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland recht hoch. Dagegen sind jedoch viele der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit beschäftigt. Als Grund für ihre Teilzeittätigkeit sind in Deutschland hauptsächlich die Betreuung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder andere familiäre und persönliche Gründe verantwortlich. Auch mit diesen Angaben liegen die Frauen in Deutschland über dem EU-Durchschnitt.

Quelle: [Pressemitteilung Statistisches Bundesamt](#)

[Broschüre: Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt](#)

Reform des Unterhaltsrechts – keine wirklichen Verbesserungen

Der Deutsche Juristinnenbund (djb) hält die seit 01. März 2013 in Kraft getretene Reform des Unterhaltsrechts für die Ansprüche der Frauen nicht für ausreichend verbessert. Obwohl nicht genügend Betreuungsplätze vorhanden sind, müsse eine Mutter mit einem über drei Jahre altem Kind arbeiten. Trotz Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten von Kleinkindern, fehle ausreichende Betreuung für Kinder im Schulalter. Vor allem mangle es an Ganztagschulen. So sind viele Frauen trotz der Unterhaltsrechtsreform einer Mehrfachbelastung ausgesetzt.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 586)

Neuerscheinungen:

BAG: Broschüre zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen

Die BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros) hat eine Broschüre „Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbüros – eine Diskussionsgrundlage“ veröffentlicht. "Mit dieser Broschüre soll das Bewusstsein dafür geschärft und beleuchtet werden, wie sich die kommunale Gleichstellungs- und Frauenpolitik im Zuge des gesellschaftlichen Wandels in der Praxis verändert hat und welche strukturellen Einflussfaktoren einer gelingenden Gleichstellungspolitik zugrunde liegen müssen" (BAG-Broschüre 2013, S. 3). Die Neuerscheinung beruht auf einer Datenerhebung per Online-Fragebogen. Die Ergebnisse sind graphisch veranschaulicht, mit einer Rücklaufquote von 70% repräsentativ, und die Fragestellungen mit den Antworthäufigkeiten sind in der Publikation angehängt.

Die Broschüre als PDF-Dokument erhalten Sie [hier](#).

Quelle: [BAG](#)

DIW-Studie: Männer besitzen 33.000€ mehr Vermögen als Frauen

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in Bezug auf die Vermögensverteilung in Ehen und Partnerschaften herausgefunden, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich 33.000€ weniger Vermögen als ihre Ehemänner haben. Das DIW schließt daraus, dass Frauen wesentlich stärker von Altersarmut betroffen sein werden als Männer. Die Studie empfiehlt, dass schon früh Wert auf eine individuelle Altersversorgung gelegt werden müsse. In Ehen, in denen die Frau das Vermögen verwalte, sei die Vermögenslücke in den Ehen und Partnerschaften am geringsten.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 586)

V.i.S.d.P.

Barbara Lampe

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz
T: 06131/3925417
E: lampe@zww.uni-mainz.de